

Stellungnahme

Eingebracht von: Filler, Christian

Eingebracht am: 17.05.2019

Der Gesetzesentwurf „Bundesgesetz über Sorgfalt und Verantwortung im Netz“ weigert sich das Internet als natürlichen Teil unserer Gesellschaft anzuerkennen. Dienste die online angeboten werden, werden klar gegenüber Diensten, die nicht mit Internettechnologien arbeiten diskriminiert. Diese Diskriminierung bleibt unbegründet und wird bei Inkrafttreten zahlreiche negative Folgen haben. In der Verpflichtung zur Angabe der im Gesetz genannten Daten sehe ich einen Angriff auf die Meinungsfreiheit und einen Schritt in Richtung Überwachungsstaat.

Durch den Entwurf werden Österreicher auf internationalen Plattformen klar benachteiligt. Durch die Angabe von personenbezogenen Daten wird die Hemmschwelle vor der Registrierung als neuer Nutzer erhöht. Online-Plattformen werden dadurch im Schnitt von Östreichern weniger stark genutzt. Österreich wird im Internet weniger stark vertreten. Heimische Internetdienste erwirtschaften weniger Umsatz.

Die Implementierung kostet jeden einzelnen Betreiber, der vom Gesetz betroffen ist, Geld. Betreiber könnten sich dazu entscheiden ihre Dienste nicht mehr in Österreich anzubieten, um diese Kosten einzusparen. Aufgrund dieser Kosten halte ich eine europaweite oder internationale Einigung bei Gesetzen dieser Art für das Beste.

Die Sicherheit und zweckgemäße Verwendung der Daten können nicht garantiert werden. Viele verschiedene Betreiber, die nun sensible Daten sammeln müssen, bieten Hackern eine breite Angriffsfläche. Eine garantierte Verfolgbarkeit von nicht gesetzeskonformen Äußerungen wird dennoch nicht erreicht.

Aus den oben genannten Gründen empfehle ich das vollständige Verwerfen dieses Gesetzesentwurfs.